

VP-Pfeiffer: Sicherung des Flugfelds Aspern für Betriebsansiedlungen

Utl.: Zerstückelung in Wohn-, Gewerbe- und Grüengebiete verhindern

Wien (ÖVP-Klub): "Das Flugfeld Aspern ist unbedingt für eine hochwertige Nutzung in Form von Betriebsansiedlungen freizuhalten. Diese können und werden erfolgen, sobald die dafür notwendige Infrastruktur geschaffen ist", unterstützt Gemeinderat Gerhard PFEIFFER die Mandatare der ÖVP-Donaustadt, die in einer außerordentlichen Sitzung der Bezirksvertretung bereits Ende April die Freigabe des Flugfelds Aspern für Betriebsansiedlungen forderten.

"Offenbar sind mittlerweile auch die Freiheitlichen davon überzeugt, daß es sinnvoll ist, das Flugfeld Aspern zur Ansiedlung von Betrieben und damit Schaffung von Arbeitsplätzen zu nutzen", zeigt sich der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Planung und Zukunft angenehm überrascht, "haben doch ihre Donaustädter Bezirkspolitiker dem Antrag der ÖVP-Mandatare zugestimmt." Zur Erinnerung: Im Februar war von freiheitlichen Stadtpolitikern noch eine "Gartenstadt" auf dem Flugfeld Aspern propagiert und gefordert worden.

Tatsache ist, daß die Donaustädter Bevölkerung Arbeitsplätze in ihrer Umgebung dringend benötigt, anstelle täglich in die "Industriezone Süd" auspendeln zu müssen. Daher soll das Flugfeld Aspern als letztes zusammenhängendes Betriebsbaugebiet Wiens auch einer entsprechenden Nutzung zugeführt werden. Zunächst müssen jedoch die entsprechenden notwendigen Infrastruktur-Vorbedingungen für die Erschließung des Industriegebietes Flugfeld Aspern in Angriff genommen werden: der Ausbau der Nordostumfahrung Wiens gemeinsam mit einer sechsten Donaubrücke und dem Anschluß an die B 301 in den Südraum Wiens, die Bahnstrecke S80 (Ostbahn Marchegger Ast) sowie die Errichtung der Bundesstraße B3d entlang dieser Bahnlinie.

Auch dazu haben die Donaustädter ÖVP-Politiker einen Antrag eingebracht: Sie fordern, daß "im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung des Bezirks ehe baldigst mit dem Bau der Nordostumfahrung, der Bundesstraße B 3d, sowie der 6.Donauquerung begonnen werden muß".

"Natürlich stellt der Zinsendienst eine gewisse Belastung dar, höherrangig ist jedoch zweifelsfrei die optimale Verwendung durch die Stadt einzustufen", definiert Gemeinderat PFEIFFER die Prioritäten.

"Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds hat dazu klargestellt, daß dieses Gebiet, sollte die genannte Infrastruktur vorhanden sein, sofort seine Abnehmer finden würde, was für die Arbeitsplatzsituation in Wien eine entscheidende Verbesserung mit sich brächte."

"Wieder einmal zeigte sich, wie wichtig es ist, eine konsequente und planvolle Stadtpolitik zu betreiben und nicht den populistischen, aber unausgegorenen Vorstellungen der Wiener Freiheitlichen in Donaustadt vorschnell nachzugeben. Deren nunmehrige Zustimmung zum ÖVP-Antrag zeigt doch eindeutig, daß unsere Linie richtig war", freut sich Gemeinderat Gerhard PFEIFFER.***

Rückfragehinweis: ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien

Daniel KOSAK (Pressesprecher)
Tel.: (01) 4000/81915

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0090 1999-06-04/10:59

041059 Jun 99

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19990604_OTS0090